

Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung? 1989

„In fünf bis zehn Jahren wird Deutschland seine makroökonomischen Ungleichgewichte ausbalanciert und den Wohlfahrtsstaat schneller zurückgestaut haben als ohne den Schock der Vereinigung.“

*Alain Minc: „Am wenigsten preußisch“,
in: Der Spiegel 52 (1993), S. 13.*

1906 stellte Werner Sombart die berühmte Frage: „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?“ – Ersetzen wir „Sozialismus“ treffender durch: „keine sozialdemokratische Partei“¹ und fragen 1993: „Warum haben, ganz gegen alle Erwartungen, sozialdemokratische Parteien in den postrealsozialistischen Ländern bisher so schlecht abgeschnitten?“, so können Antworten aus sozialdemokratischer Sicht womöglich noch bestürzender ausfallen als die sehr plausiblen, die uns Sombart gegeben hat. Obwohl mehrere hundert Millionen Menschen siebzig bzw. vierzig Jahre unter dem ideologischen Banner des Sozialismus und einer zur Staatsmacht geronnenen organisierten Arbeiterbewegung gelebt haben, scheint – so die immer noch weit verbreitete Interpretation – die mir „schlecht ausgeführte“, sonst aber „gute Idee“ des Sozialismus über keine ausreichende Kraft mehr zur organisatorischen Neuformierung verfügt zu haben. Weder das in Umfragen häufig genannte „Schwedische Modell“ noch die deutsche Sozialdemokratie ließen es den meisten Wählern geraten erscheinen, wenn es denn überhaupt sozialdemokratische Angebote gab, an deren Erfolge anzuknüpfen.

Sollte sich also der so paradoxe Spruch vom „Überholen ohne Einzuholen“ doch noch – auf allerdings verquere Weise – bestätigen?

Wenn schon „nachholende Modernisierung“², würde dann nicht der direkte Sprung zu Markt und Kapital, zu Eigentum und Privatrechtsordnung ohne die zügelnden Hürden sozialdemokratischer Bedenken und gewerkschaftlicher Gegenmacht sich als schnellste und fortschrittlichste Lösung erweisen?³ Ist es nicht wahr, daß ein rasender Kapitalismus in Süd-/Ostasien fast ohne Sozialdemokratie, ja ohne Demokratie überhaupt, mit höchsten Wachstumsraten aufwarten kann? Warum sollte man sich nicht an dem Land

orientieren, das sich niemals auf den Irrweg des „Sozialismus“ begeben hatte und das dieses Jahrhundert wahrscheinlich wie kein zweites geprägt hat? Hatten nicht Reagan, Bush und Thatcher gezeigt, daß Gewerkschaften und Labour-Party offensichtlich auslaufende Modelle waren? Und sehen wir nicht auch, daß das Europa des gemeinsamen Marktes ohne wirklichen Einspruch von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf „Sozialcharta“ und politische Demokratisierung verzichtet hat?⁴

Sprechen nicht prominente Sozialwissenschaftler im Westen schon seit geraumer Zeit vom Ende des sozial-demokratischen Jahrhunderts, vom Niedergang der Sozialdemokratie oder vom Ende eines „sozialdemokratischen Konsensus“?

Zugegeben, das mögen rhetorische Fragen eher virtueller Akteure sein, aber nicht nur. Denn die Frage, ob der im Westen diskutierte und bestrittene Niedergang der Sozialdemokratie durch „1989“ einen Schub oder das Gegenteil erfahren würde, kann gar nicht losgelöst von den Chancen sozialdemokratischer Politik in postkommunistischen Ländern beantwortet werden.⁵ Auch wenn ich mich am Ende auf die Sozialdemokratie konzentrieren möchte, die durch institutionelle Ausweitung auf ein postkommunistisches Gebiet, in direkte Konfrontation mit posttotalitärer Schwäche gestellt, einen Sonderfall darstellt,⁶ scheint es mir sinnvoll, die schon vor 1989 geführte Kontroverse um das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ nochmals aufzunehmen. Deshalb werde ich

1. die Argumente der „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“-These zusammenfassen,
2. die Einwände gegen die Niedergangsthese prüfen und
3. meine These erörtern: „1989“ bzw. die deutsche Einigung wird mit großer Wahrscheinlichkeit die „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“-These mit zusätzlicher Schubkraft versehen.

1. Wie lauten die Kernargumente der These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts?

Ralf Dahrendorf, an den ich mich hier vornehmlich halte, hat seine radikalen Behauptungen zehn Jahre vor dem historischen Zusammenbruch des Realsozialismus zum erstenmal aufgestellt und in vielerlei Varianten bis heute wiederholt; auch in seiner jüngsten Version fügt „1989“ kein systematisch neues Argument hinzu.⁷ Die Thesen vom Niedergang, vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts bzw. des sozialdemokratischen Konsensus, die übrigens keineswegs alle das gleiche meinen, scheinen durchaus auf eigenen

Beinen zu stehen. Dabei war Dahrendorf keineswegs der erste, der vom Elend oder gar vom Ende der Sozialdemokratie gesprochen hat – aber vielleicht hat die Sombartsche Frage inspiriert, das Thema immer wieder anzuschlagen, weil die Zukunft der westlichen Demokratien ihm eher auf dem Weg der USA als dem der europäischen Wohlfahrtsstaaten zu liegen scheint?

Wie dem auch sei, die Frage nach der Bedeutung des „Endes der Arbeiterbewegung“ für die Politik der Urpartei aller Partelen, der deutschen Sozialdemokratie, hatte Theo Pirker schon in den fünfziger Jahren angeschlagen.⁸ Und es war nicht zuletzt die kurzlebige Renaissance der marxistisch inspirierten Sozialismusdebatte im Zuge der Studentenrevolte, die einen Herbert Marcuse oder den unverdächtigen André Gorz „Abschied vom Proletariat“ nehmen ließen.⁹ Martin S. Lipset sprach zehn Jahre später vom Ende einer Mission, ein Wort, das die Witwe von Willy Brandt nach 1989 im Feuilleton der FAZ kühl aufgriff, verbunden mit der nicht ganz so kühlen Freude, daß die Linksintellektuellen endlich das Subjekt ihres Geschichtsbildes verloren hätten.¹⁰

Aber Dahrendorf ist viel radikaler. Das in der westlichen wie östlichen Welt symbolische Jahr 1968 sei, so sehr sich auch seine Protagonisten dagegen sträuben werden, der letzte Triumph der Sozialdemokratie und einer menschlichen Vision vom „Demokratischen Sozialismus“ (CSSR) gewesen, zugleich aber auch der Anfang vom Ende. Zum letztenmal wurde im Zeichen sozialistischer Großtheorien und der universalistischen Werte der Französischen Revolution der Sozialdemokratie eine Debatte aufgedrängt, die viele „rechte Sozialdemokraten“ für ein Unglück hielten und Konservative sowieso. Aber die Befindlichkeiten dieser Spezies wären nicht der Rede wert gewesen, hätte nicht die sogenannte Ölkrise schlagartig Bedeutsameres deutlich gemacht: die (Finanz-)Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates!

Trotz aller radikalen Liberalität, die Dahrendorf von Neokonservativen trennt, gehört er zu der Gruppe von gewichtigen Wohlfahrtsstaatskritikern, die – Mitte der siebziger Jahre – als „Trilateral Commission“ die Unregierbarkeit, „Big Government“ (R. Rose), kurz: „The Crisis of Democracy“ beschwören.¹¹ Der umschweifende Hedonismus, die sogenannte Anspruchsinflation, der Mechanismus der Wettbewerbsdemokratie werden für die ökonomisch-politische Blockade verantwortlich gemacht. Oder wie es S. Huntington unmißverständlich ausdrückte: Das, was die Marxisten fälschlicherweise der kapitalistischen Ökonomie zuschreiben, sei in Wirklichkeit Produkt demokratischer Politik. Dahrendorf bezeichnet dieses als Ergebnis eines „sozialdemokratischen Konsensus“, den Konservative, Sozialdemokraten und, mit mentalen Vorbehalten, Liberale nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hätten. „Es fällt schwer“, schreibt Dahrendorf in seiner jüngsten Version, „diejenigen

beim Namen zu nennen, die dem sozialdemokratischen Konsensus nicht anhängen: Sozialdemokraten und Freie Demokraten in Deutschland, Labour, Liberaldemokraten und Konservative in Großbritannien. Zu ihnen gehört der ganze pentopartito der Koalitionspartner von Christdemokraten und Sozialisten in Italien und der größte Teil der beiden politischen Blöcke in Frankreich (wie übrigens auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, die allerdings ... einen etwas anderen Weg beschritten haben).“¹²

Verkörpern tut diesen Konsens der „anständige, rechte Sozialdemokrat“, eine idealtypische Kombination von vier Haltungen, die zugleich den Grundbestand der Modernität ausmachten:

1. Die Notwendigkeit von Wachstum durch Steigerung der Produktivität zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter,
2. das Motiv der Gerechtigkeit und der Gleichheit der Chancen.
3. Die Akzeptanz der demokratischen Institutionen als Instrument der Veränderung läßt ihn zu ihrem überzeugtesten Verteidiger werden.
4. Im Bereich der Werte und Kultur ist er der Hauptbefürworter der Rationalität im Weberschen Sinne; von der Buchhaltung über die Bürokratie bis zu Wissenschaft und Technik.

Die Stärke dieser Aussage liegt in ihrer Globalität: Das sozialdemokratische Programm habe sich zu Tode gesiegt; seine Erfolge repräsentieren die Interessen der Mehrheitsklasse; auch die bürgerlichen Parteien repräsentieren den status quo, wobei deren „Sozialdemokratisierung“ einer eigenständigen Analyse bedürfe.¹³ Denn die meisten sozialdemokratischen Forderungen wurden von bürgerlichen Regierungen oder von großen Koalitionen durchgesetzt. Ohne das schiere Vorhandensein sozialdemokratischer Parteien hätten Veränderungen nicht stattgefunden; aus der Opposition heraus haben sie mehr erreicht als in der Regierung. Das konnten sie, weil sie eine „große Kraft“ der Zeit repräsentierten. Die neuere Geschichte kennt keine erfolgreichere Version bürgerlicher Gesellschaft als die sozialdemokratische.

Diese Version aber habe sich erschöpft und begänne seine kontraproduktive Wirkung zu entfalten. Die Folgen des sozialdemokratischen Konsensus habe zu Entmutigung von Initiative und Innovation geführt, zu Bürokratie, Korporatismus, Steuer- und Wohlfahrtsstaat, geradewegs ins „Gehäuse der Hörigkeit“. Die Überforderung der und durch die Demokratie drohe zu einem Legitimationsschwund der politischen Macht zu werden. Radikaler Wandel muß her, und der kann nur von Minderheiten kommen.

Das ist gewiß ein vergrößertes, sieht man sich die Facetten jedoch genauer an, durchaus ein eindrucksvolles, ja sogar faires Bild – gemalt mit liberalem

Pinself, der den elitären Zug gar nicht verbergen will.

Doch ein paar Anmerkungen seien schon hier angefügt – Globalität hat auch Nachteile.

Wenn wir ernst nehmen, was Dahrendorf sagt, daß im Westen fast alle Sozialdemokraten sind, dann möchte man doch gerne genauer wissen, welche **spezifische** Rolle die linken Parteien in den letzten hundert Jahren gespielt haben? Dann möchte man wissen, warum der Strom des sozialdemokratischen Konsensus so selten bei den sozialdemokratischen Parteien selbst zusammenfloß und damit dem Original kaum eigenständige numerische Mehrheiten verschaffte?

Und wenn sie schon eigenständige Mehrheiten in Parlamenten erreichten, was in der Geschichte sämtlicher Wahlen seit 1920 höchst selten vorkam,¹⁴ dann bedeutete das noch längst nicht die Macht, die für einen Umbau der Gesellschaft nötig wäre, wie der deutsche Sozialdemokrat Peter Glotz noch 1988 auf einem Parteitag der SPD nüchtern feststellte. Einen radikalen Politikwechsel, wie ihn Mrs. Thatcher mit ihren „adversary politics“ betrieb, hätten sich Sozialdemokraten niemals erlauben können. Mehrheitsfähig im emphatischen Sinne eines Mandats „für Sozialismus“, das ist die Linke nie gewesen; wo gab und gibt es denn einen „sozialdemokratischen Konsens“, der nicht vom „rechten“, sondern auch nur von „reformistischen“ Sozialdemokraten bestimmt wurde? Wird man da nicht eher daran erinnert, daß selbst der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, meinte, Ralf Dahrendorf die Frage zurückgeben zu müssen, was denn so sozialdemokratisch an diesem Jahrhundert gewesen sei?¹⁵

Fast könnte es einem vorkommen, als wenn der Liberale Dahrendorf es sich mit der Bestimmung des „sozialdemokratischen Konsensus“ etwas zu einfach gemacht hat. Das Wörtchen „sozial“ oder Sozialstaat scheint ihm, wie fast allen Liberalen, Schwierigkeiten zu bereiten.¹⁶ Wenn es für einen „sozialdemokratischen Konsens“ nicht mal mehrheitsfähiger sozialdemokratischer Parteien bedarf (wie in den USA, den Niederlanden, der Schweiz, Kanada, Italien und selbst Deutschland), dann ist wirklich nicht einzusehen, warum unter den gegebenen Bedingungen es rational sein sollte, sozialdemokratische Parteien im Transformationsprozeß zu bevorzugen. Offensichtlich meinte Dahrendorf mit seiner Rede vom Ende des sozialdemokratischen Konsensus entweder, daß das Aufkommen neuer Parteien und geändertes Wahlverhalten auch ein Ende der Anpassungsbereitschaft bürgerlicher Parteien signalisiere, d.h., daß sie vom sozialdemokratischen Konsensus abrücken müßten, oder, daß neue Parteien und Gruppen diesen Konsensus aufbrechen würden.

Ex negativo bekommt der sozialdemokratische Konsens doch noch eine Schlagseite: denn einer Seite der Träger des Konsensus traut Dahrendorf aus subjektiven und objektiven Gründen ein Aufbrechen nicht mehr zu – und das ist natürlich die Sozialdemokratie! Und so war es gewiß kein Zufall, daß Dahrendorf zum gleichen Zeitpunkt, als er zum erstenmal die These vom Ende des Konsensus verkündete, auch die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft, das organisierende Prinzip der Arbeiterparteien, in die Debatte warf; zur gleichen Zeit also, als die GRÜNEN in Deutschland und Margaret Thatcher in England einen politischen Paradigmenwechsel ankündigten. Die GRÜNEN, indem sie das Paradigma der „Lebensweise“ neben das der (Um-)Verteilung materieller Güter setzten (Raschke), Mrs. Thatcher, indem sie zeigte, daß mit der Machtressource ‚politische Mehrheit‘ ein radikaler Politikwechsel hin zur Angebotspolitik und damit ein „breaking of the socialdemocratic mould“ tatsächlich möglich war.

Im Lichte dieser Überlegungen erscheinen die eingangs gestellten Fragen eher bestätigt denn widerlegt: neue Parteien drängen seit den siebziger Jahren auf den politischen Markt; Steuer- und rechte Protestparteien, insbesondere aber linkslibertäre „Grüne“, die allesamt am Stimmenanteil der Sozialdemokraten nagen.¹⁷ Sowohl industrie- und wachstumskritische als auch neoliberale wachstumsfreundliche Positionen stellen die Basis des ominösen „sozialdemokratischen Konsensus“ lange vor 1989 in Frage. Aus der Sicht „nachholender Modernisierung“ bietet sich dieses auslaufende Modell zur Übernahme als wenig erfolgversprechend an. Oder gibt es Anzeichen, daß Dahrendorf Unrecht haben könnte? Könnten nicht die Erfolge posttotalitärer sozialistischer Parteien Dahrendorf nicht nur empirisch widerlegen, sondern auch den sozialistischen sozialdemokratischen Parteien in postkommunistischen Ländern Mut machen?¹⁸

2. Einwände: Kein Niedergang der Sozialdemokratie!

Überraschenderweise gibt es nur wenige Publizisten und Wissenschaftler, die der These vom Niedergang der Sozialdemokratie, sieht man von ihren glühenden Anhängern ab, widersprochen haben, während die Zahl der Dahrendorfschen Trittbrettfahrer weiterhin zunimmt.¹⁹

Ein paar wackere und kluge Verteidiger haben sich aber doch gefunden: W. Merkel, K. Armingeon und Helga Grebing gehören dazu.²⁰ Seit Jahren ficht insbesondere W. Merkel einen mit allen theoretischen und empirischen Wassern gewaschenen Kampf gegen die Niedergangsthese. Dabei bildet

Dahrendorf nur einen Ausgangspunkt. Intensiver noch geht es gegen Paläo- und Neomarxisten, Neokonservative und Liberale, Regulationstheoretiker und Post-Fordisten, gegen die Vertreter von public- und rational choice Ansätzen.²¹

Wie sehen die Hauptargumentationslinien aus?

Am meisten stören W. Merkel an den Niedergangstheoretikern deren expliziter oder verborgener Determinismus und ein linear fortgeschriebener universeller Geltungsanspruch. Als gemeinsame Schwäche verbinde sie eine rein statische Wahrnehmung der sozialdemokratischen Parteien. Diese tauchten eher als Objekte denn als Akteure auf; deren Fähigkeit, sich der Umwelt anzupassen und auf sie einzuwirken werde systematisch vernachlässigt. Ganz ähnliche Vorbehalte formuliert auch die Haushistorikerin der SPD, Helga Grebing.

Merkel versteht sich als empirischer Nominalist: Das heißt, er stellt fest, daß es sozialdemokratische oder sozialistische Parteien gibt, daß sie bei Wahlen oder in der Regierung durchaus noch erfolgreich sind, und das könne man, so Armingeon, auch von den Gewerkschaften sagen. Folgende kategoriale Annahmen und argumentative Grundmuster lassen sich aus seinen zahlreichen Aufsätzen und der jetzt erschienenen Habilschrift herausdestillieren:

Jede gehaltvolle Analyse sozialdemokratischer Politik muß Machtressourcen (Wählerstärke, Regierungsbeteiligung und Gewerkschaftsmacht) mit einer Restriktionsanalyse und den Strategiewahlen der Akteure verbinden. Meist aber werden nur die strukturellen Restriktionen von den verschiedenen Ansätzen in den Vordergrund gehoben.

1. *Ökonomie* – Die Begrenzung nationaler Handlungssouveränität durch die fortschreitende Globalisierung der Gütermärkte und Unternehmen, die Verselbständigung der Finanzmärkte, führt zu einem Verlust der Zins-souveränität und damit zu einer Blockade nationaler keynesianischer Koordination.
2. *Sozialstruktur und Interessenlagen* – Der Wandel der Sozialstruktur, die Ausdifferenzierung von sozialen Schichten, Milieus und Lebensstilen, der sogenannte Wertewandel und die damit einhergehende Neudefinition von Interessenlagen führt zu
3. *einer Heterogenisierung kollektiver Akteure*: Bürgerinitiativen, neue Parteien- und Verbändedifferenzierung sowie weitere Erschwernis der dialogischen Handlungslogik der Gewerkschaften vernachlässigen – nehmen wir Punkt 2 und 3 zusammen – das ELEKTORALE DILEMMA: die scheinbar erweiterten Handlungsspielräume der Parteiakteure machen Koalitionsbildungen schwerer und die Wahrscheinlichkeit absoluter Mehrheiten geringer.

4. *Institutionen* – Die zunehmende funktionale Differenzierung und Eigenlogik gesellschaftlicher Subsysteme: die Art der industriellen Beziehungen, der staatlichen Verwaltung, der Föderalisten, die Rolle der Notenbanken, erlauben keine politische Steuerung mehr durch den Staat, dessen Handlungsfähigkeit für sozialstaatliche, ökonomische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (für „mehr Gerechtigkeit“ und „gleiche Lebensverhältnisse“) unabdingbar ist.
5. *Politische Kultur und Konfliktregelungsmuster* – Nicht zuletzt hat sich gezeigt, daß die Soziokultur und der Wandel der Deutungskultur erheblichen Einfluß auf die hegemonialen politischen, aber auch z.B. wirtschaftswissenschaftlichen Diskurse ausüben und damit Handlungsschranken als auch Optionen über die veröffentlichte Meinung entstehen. Die massenhafte Vielfalt privater Fernsehsender, neuer Medien, Heimvideos sind mit ihrer privatisierenden Wirkung für traditionelle sozialdemokratische Anliegen weniger förderlich.
6. *Zeit* – Der politische ‚kairos‘, die Sequenzen politischer Macht- und Institutionenbildung, der Zeitpunkt der Industrialisierung, die Kumulation oder Dehnung von Konflikten, die Vor- und Nachteile von Pionier- und Nachzüglergesellschaften bilden eigenständige, bedeutsame Faktoren für erfolgreiche und weniger erfolgreiche sozialdemokratische Politik.

Nimmt man diese sechs Punkte zusammen, so ist keineswegs ausgemacht, daß diese Restriktionen allein linken Parteien zum Nachteil reichen.

Vorerst aber soll es nur um die Dahrenderlthese gehen. Medel geht am elaboriertesten vor. Er möchte differenzieren! Er will – neben seinen theoretischen Auseinandersetzungen – im Vergleich dreier sozialistischer Nachzüglerparteien (Frankreich, Spanien, Griechenland) und vier etablierter sozialdemokratischen Parteien (Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich) zeigen, ob es Unterschiede in Durchsetzungsvermögen, Politikergebnissen und Leistungsprofilen zwischen dem Zeitraum 1945-1974 und 1974-1990 gibt. Zur Erklärung reicht ihm der offensichtliche Machtressourcenansatz (Korpi/Esping-Andersen) nicht aus. Zur Erfassung der jeweiligen Opportunitätsstruktur, also den Handlungskorridoren sozialdemokratischer Regierungspolitik, muß eine Verbindung von system- und handlungstheoretischen Überlegungen hergestellt werden. Die ambivalente Wirkung der Strukturen zur Begünstigung oder zum Nachteil von Handlungschancen und für Strategiewahlen der Akteure läßt sich nur in aufwendiger Kombination aller Faktoren erkennen.

Ich gehe nicht auf die Ergebnisse im einzelnen ein, sondern zitiere aus

Merkels Fazit, in dem er die Argumente zusammenfaßt, die für und gegen die Niedergangsthese sprechen: „Trotz der Wahlerfolge, trotz (meist) parlamentarischer Mehrheiten und alleiniger Regierungsverantwortung reichten für die sozialistischen Regierungen Südeuropas die politischen Machnossourcen nicht aus, um die negative Kumulation von *Restriktionen*, die sich einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik entgegenstellten, zu überwinden. Die erheblichen wirtschaftlichen Modernisierungsdefizite, fehlende Institutionen und die besonderen politischen Kulturen erwiesen sich dabei als die schwerste Hypothek. Und es waren gerade die wirtschaftlichen, institutionellen und politisch-kulturellen Faktoren, die sich in Schweden, Norwegen, Österreich und Finnland als *Ressourcen* sozialdemokratischen Handelns erwiesen. Sie schoben sich gewissermaßen als Filter zwischen Regierungsmacht und Politikergebnisse. Dadurch schwächten sie die von der Erosion der sozialdemokratischen ‚Regierungsmacht‘ ausgehenden Wirkungen auf die Politikergebnisse erheblich ab.“²²

Ohne Zweifel zeigen die Ergebnisse ein differenzierteres Bild als Dahrendorfs Globalthese. Auf den ersten Blick müssen die numerischen Erfolge der „Linken“ in Frankreich in den achtziger Jahren beeindrucken und insbesondere die Stabilität der PSOE nach der Regierungsübernahme 1982 müssen interessieren; schließlich war und ist Spanien ebenfalls ein „post-totalitäres Transitionsland“. Sieht man genauer hin, rücken folgende Bedenken in den Vordergrund. Was die verheerende Niederlage der französischen Sozialisten betrifft, kann Merkel auf den begrenzten Zeitraum seines Untersuchungsdesigns verweisen; und für die Wirklichkeit darauffolgender Zeiten kann der Empiriker ja nun tatsächlich nichts. – Spannender ist der spanische Fall. Spanien mußte auch zurück zur Demokratie finden, nicht aber zu Privatrechtsordnung und Kapitalismus; allerdings hatte dieser seine Wettbewerbsfähigkeit unter Franco verloren, und diese verbesserte sich in den ersten sieben Jahren ‚bürgerlicher‘ Regierungen nicht nennenswert. Umso aufsehenerregender erscheint die Rolle der PSOE als erfolgreicher Modernisierungsagentur Spaniens, die dem Kapital den Anschluß an die EG und an das Weltmarktniveau öffnete. Was waren die Kosten? Die in der Zeit des Umbruchs (1974-76) als programmatisch linkssozialistisch angetretene PSOE verwandelte sich in kurzer Zeit in eine marktradikale sozialliberale Partei. Äußere Restriktionen, Monetarismus und neoklassische Angebotspolitik ließen an eine eigenständige keynesianische Steuerungs politik nicht denken. Die seit 1982 mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialisten paßten sich an; aber auch der zweite Wahlsieg 1986 brachte keine „sozialdemokratische Wende“. Selbst auf einem zentralen Feld sozialdemokratischer policies,

dem Arbeitsmarkt, führten Deregulierungsmaßnahmen alter, francistischer Arbeitsplatzsicherung zu einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent; weitere 20 Prozent arbeiten nur mit zeitlich befristeten Verträgen. Auch die erhebliche, ungleiche Vermögens- und Eigentumsverteilung bei einer der niedrigsten Steuerquoten in Europa evozieren kein „sozialdemokratisches“ Handeln: „Spaniens Sozialisten sind in einer Phase an die Macht gekommen, in der ihnen die ... Rahmenbedingungen und das sozioökonomische Entwicklungsniveau wenig mehr gestatteteten, als Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren.“ (PVS, 4 [1989], S. 652)

Immerhin, „modernisieren“ wollen die Osteuropäer auch, und wenn Modernisierungspolitik nicht einmal zu ernsthaften Wahlverlusten führt, dann leuchtet sogar Merkels zentrales Argument ein: die Anpassungsfähigkeit der Parteiakteure begründet auch eine „rationale, funktional-elektorale“ Strategiewahl, die auf Arbeitslose und (sehr schwache) Gewerkschaften keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Wenn „sozialistische“ Akteure nicht nur nicht anders können als nichtsozialdemokratische (Modernisierungs-)Politik zu betreiben und, da sie es nicht müssen, sogar wollen, dann stellt sich allerdings die Frage, welche „Notwendigkeiten“ sozialdemokratische Politik bzw. Wahl im Transitionsprozeß zwingend machen sollen.²³

Was sagen uns die relativen Erfolge der vier anderen Vergleichsländer? Liefern sie Hinweise, daß unter gegebenen Umständen und/oder im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen es sich doch lohnen könnte, auf die Karte „Sozialdemokratie“, vom sozialdemokratischen Konsens nicht zu reden, zu setzen; daß die Chancen der Sozialdemokratie doch so schlecht nicht sind, daß von Niedergang bzw. vom Ende des sozialdemokratischen Konsensus zu sprechen doch eher voreilig war und ist?

Dazu eine kritische Bemerkung vorweg: Leider übergeht der Vergleich ausgerechnet die beiden bzw. drei Länder, die Dahrendorf wohl vornehmlich im Kopf gehabt haben mag: Deutschland und Großbritannien! In beiden Ländern war die Sozialdemokratie im fraglichen Zeitraum noch acht bzw. sechs Jahre an der Regierung; und daß der PSI als Mitregierungspartei im dritten großen und dazu noch südlichen Land als Vergleichsrolle zu Frankreich keine Erwähnung findet, ist unter dem Aspekt der „sozialdemokratischen Konsensuspolitik“ der DC, der Aufsplitterung der Linken und dem Zerfall des „pentapartito“ sehr bedauerlich. Denn einen Beweis an vier kleinen Ländern zu führen, für die etwas andere politisch-kulturelle Konfliktregelungsmuster gelten, das ist im Hinblick auf alle Widerlegungsabsichten nicht sehr überzeugend – sehen wir davon ab, daß außerhalb des selbstdefinierten Untersuchungsraums die Wahlniederlage der erfolgreichsten Sozialdemokratie

der Welt, der schwedischen SAP, das von ihr mitgetragene Austerity-Programm der bürgerlichen Koalitionsregierung und der „unschwedische“ Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf früher undenkbbare 12 Prozent einem Mene-tel gleichkommt.

Wie auch immer, Merkel bietet uns für die Erfolglosigkeit der südlichen Sozialisten und die relativen Erfolge der nördlichen Vergleichsländer eine Erklärung an, die Claus Offe „Konservatismus aus Komplexität“ nennt. D.h., die Faktoren Zeit, Stand der Ökonomie, Politische Kultur und die „ererbten“, durch Institutionalisierung verfestigten policies, haben im Falle der Südländer „negativ“, im Falle der Nordländer „positiv“ zu Buche geschlagen. Auch hier ist es kein Zufall, daß Merkel gegenüber den „Deterministen“ selber nur konservative Argumente ins Feld führen kann: die sozialdemokratisch geprägten „Wände“ der Handlungskorridore haben sich als haltgebender gegenüber den von außen kommenden Restriktionen erwiesen als ein sozialdemokratischer Handlungswille in der Lage war, erst einmal sozialdemokratische Wände überhaupt zu errichten.

Der Faktor „Zeit“, also ein früher industrieller „take-off“ mit einer sich quasi parallel entwickelnden, starken Arbeiterbewegung, eine lange Regierungszeit und die gut dreißig Jahre andauernde Nachkriegsprosperität, haben den noch in den Traditionen, Werten und Interessenlagen der (Industrie-) Arbeiterschaft stehenden sozialdemokratischen Parteien des Nordens (incl. Österreich) ermöglicht, ein wohlfahrtsstaatlich bestimmtes politisch-kulturelles Konfliktregelungsmuster zu institutionalisieren, das den Zwang zur Anpassung an weltmarktbestimmte intervenierende Faktoren verzögert hat.

Ohne Zweifel erweist sich das Syndrom um den Faktor „Zeit“ als gut geeignet, die Differenzen zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen sozialdemokratischen Parteien zu erklären.

Ein vorläufiges Fazit mit den Argumenten Merkels könnte lauten.

1. Das von Dahrendorf dramatisierte „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ findet nicht statt, da es weiter Parteien geben wird, die diesen Namen tragen; große Anpassungsflexibilität vorausgesetzt, werden sie a) als sozialliberale Modernisierungsparteien und/oder b) als Garanten gegen einen allzu willkürlichen Abbau des Sozialstaates ihrer „sozialen Reputation wegen“ weiterhin benachteiligte Klientel vertreten.
2. Aber auch die These vom Niedergang der Sozialdemokratie läßt sich kaum halten, da es schwer fällt, eine Grenze anzugeben, von der an Stimmenverluste der sozialdemokratischen oder anderer Linksparteien als säkularer Niedergang bezeichnet werden können, zumal daran zu erinnern ist, daß in etlichen Ländern der säkulare Stimmendurchschnitt kaum je 30

Prozent betragen hat – und dennoch auch dort Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaaten etabliert worden sind.

3. Auch auf die eingangs gestellte Frage nach den Auswirkungen von „1989“ auf die Niedergangsthese könnte Merkel antworten, daß man nicht ausschließen kann, daß in Ländern „nachholender kapitalistisch-demokratischer Modernisierung“ wie immer geartete sozialdemokratische Parteien entstehen und – folgen wir Offe – geradezu entstehen müssen, was immer sozialdemokratische Substanz heißen mag. Nun bleibt allerdings zu fragen, ob a) Dahrendorf damit bereits als widerlegt gelten muß, und b) ob nicht hier schon sich die Erörterung meiner These vom durch 1989 (Wiedervereinigung) beschleunigten Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts erübrigt?

Hätte es nicht genügt, allein die Dahrendorf-These stark zu machen und diese mit der Lage der SPD nach 1989 zu konfrontieren? Der letzte Abschnitt soll deutlich machen, warum es des Umwegs bedurfte und bedarf.

3. „1989“ – Die deutsche Vereinigung wird mit großer Wahrscheinlichkeit die These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts bestätigen

Bisher habe ich eher die starken Seiten meiner Kontrahenten Dahrendorf und Merkel betont, aber auch schon ein paar Zweifel angemeldet. Deren größtes Manko sehe ich darin, daß beide keine Grenze bzw. keine essentials sozialdemokratischer Politik anzugeben bereit sind – zugespitzt, daß sich beide nicht ernsthaft mit dem stärksten Einwand auseinandergesetzt haben, wie er in der Frage Willy Brandts zum Ausdruck kam: Was denn so sozialdemokratisch an diesem Jahrhundert gewesen sei? Von der Beantwortung dieser normativen, praktisch-politischen, historischen und prognosehaltigen Frage hängt die Validität der Dahrendorfschen These und von Merkels Widerlegungen viel stärker ab, als sich beide klarmachen.

Hilfreich wäre gewesen, etwa Esping-Andersens „Politics against markets“ und „Free world of welfare capitalism“ oder auch M. Alberts „Kapitalismus contra Kapitalismus“ unter diesem Aspekt besser auszuschöpfen.²⁴

Die bei Esping-Andersen entwickelten Typen zur Unterscheidung von liberalen, konservativen oder sozial-demokratischen Wohlfahrtsstaats- bzw. Kapitalismus-Modellen bei Albert geben uns Parameter in die Hand, die uns ermöglichen, nicht nur differenzierter und spezifischer den ominösen „sozial-

demokratischen Konsens“ zu qualifizieren, sondern auch, wie, wo und ob „1989“ eher zum Vor- oder Nachteil spezifischer sozialdemokratischer Politik gereichen wird; insbesondere aber warum die nunmehr weltweite Ausweitung des „siegreichen Kapitalismus“ dabei eine zentrale Rolle spielen wird.

Das wird unmittelbar deutlich in der Auflistung von Esping-Andersens Grundbedingungen sozialdemokratischer Politik:

- Aufhebung des Warencharakters (*decommodification*) von Arbeit (Vollbeschäftigung)
- Institutionalisierung von Solidarität („*Cultivate cross-class solidarity*“)
- inhaltliche und numerische Koalitionsbildung über die Arbeiterklasse hinaus
- genereller Universalismus (mehr gleiche Freiheit durch gleiche soziale Rechtsansprüche / Umverteilung sozialer Rechtsansprüche.)

Mit den Worten Esping-Andersens: „Social democratic class formation, therefore, ist first and foremost a struggle to decommodify labor and stem market sovereignty in order to make collective action possible. Only when workers command resources and access to welfare independently of market exchange can they possibly be swayed not to take jobs during strike actions, underbid fellow workers, and so forth. Where the market is hegemonic, the labor movement's future depends on its ability to provide an „exit“ for workers that concomitantly ensures collective solidarity.“²⁵

Neben dem eben beschriebenen sozialdemokratischen Regime lassen sich je nach qualitativ unterschiedlichen Arrangements zwischen Staat, Markt und Familie zwei weitere Arten von Wohlfahrtsstaatsregimen finden.

- Das liberale Regime (minimiert decommodifications-effects, Beispiele: USA, Kanada, Australien, partiell Großbritannien)
- das (christlich-)konservative-korporatistische Regime (Bewahrung von Statusdifferenzen; leistungsfähig trotz geringer vertikaler Umverteilung; Subsidiaritätsprinzip; familienzentriert mit geringer Sicherung von Hausfrauen, Beispiele: Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien).

Natürlich finden sich in der Wirklichkeit keine reinen Fälle, dennoch lassen sich für unser Problem als herausragende Charakteristika sozialdemokratischer Wohlfahrtsregime folgende Eigenheiten hervorheben:

- Die eigentümliche Verbindung von Wohlfahrt und Arbeit, d.h. eine politisch-kulturelle Verpflichtung zur Vollbeschäftigung. Das „Recht auf Arbeit“ bekommt den gleichen Status wie das Recht auf Einkommen und auf sozialen Schutz.
- Ein solidarisches, universelles und „de-commodifying“-Regime ist be-

strebt, soziale Probleme zu minimieren, muß dafür aber hohe Steuereinnahmen sichern; und das geschieht am besten dadurch, daß

- die größtmögliche Zahl von Männern **und** Frauen einer Erwerbsarbeit nachgeht.

Die Brisanz dieser Charakterisierung sozialdemokratischer essentials leuchtet in unserem Zusammenhang unmittelbar ein: Dahrendorfs Typ des „rechten Sozialdemokraten“ erscheint minimalistisch, personalistisch („Haltungen“!), wenig strukturell und ahistorisch. Die Vernachlässigung entscheidender Interaktionskonstellationen zwischen Staat – Markt – Arbeit und Familie (sei es der Grad von Arbeiterklassenformierung, Zeitpunkt der Institutionalisierung und Struktur der möglichen Klassen- bzw. Parteienkoalitionen) würde Dahrendorf lediglich ertauben, von einem Konsens mehr oder weniger **sozialer Verpflichtungen**, nicht aber von einem **sozialdemokratischen** Konsensus, zu sprechen. (Dieser definitorische Einwand wird nicht dadurch entkräftet, daß unter diese Kategorie nur wenige Staaten fallen, und damit ist auch nicht gesagt, daß Dahrendorfs Prognose falsch ist.)

Merkels Widerlegungen vernachlässigen die eben genannten Interaktionskonstellationen nicht. Der Vorteil seines Untersuchungsdesigns liegt darin, daß er mit Spanien (Griechenland und Portugal) posttotalitäre Nachzüglerfälle aufgegriffen **und** damit die völlig anders gelagerten Probleme postkommunistischer Sozialdemokratie quasi antizipiert hat. Wenn seine (defensiven) Erklärungsmuster „Konservatismus aus Komplexität“ und „Zeit“ sich als entscheidender Faktor für Art und Entstehung (sozialdemokratischer) Wohlfahrtsstaatsregimes herausstellt, dann läßt sich die für unsere These bedeutsame Voraussage machen: Keine „modernisierende Nachzüglergesellschaft“ bzw. sozialdemokratische Partei wird die Faktorenssequenzen (der Institutionalisierung, der Klassenformierung etc.) vorfinden, an die sich die Akteure (und sei es im Zeitraffer) halten könnten; nicht nur, weil die entsprechenden Kollektivakteure (zentral: die Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften) fehlen, sondern auch, weil sie sich einer Umwelt gegenübersehen, in der das Verhältnis von Staat, Weltmarkt und Arbeit als negative Restriktionen erfahren werden.

Lieferten uns also doch Sombarths Antworten für die USA eine Art vorweggenommener Beschreibung unserer Zukünfte? Steuern wir auf einen Kapitalismus bzw. kapitalistische Demokratien zu, in denen Sozialdemokratie ihrer essentials und Ziele vollends verlustig geht bzw. diese gar nicht erst zum Tragen kommen?²⁶

Die Frage nach dem Schicksal sozialdemokratischer Parteien in Nachzüglerländern soll hier nicht weiter diskutiert werden; sie mußte aber aufgeworfen

werden, weil „1989“ mit dem Fortfall der Systemkonkurrenz und der gleichzeitigen Ausdehnung des kapitalistischen Marktprinzips auf nunmehr fast die gesamte Welt, eine Annahme verbunden werden muß, die auf den einmaligen Sonderfall Deutschland bzw. die deutsche Sozialdemokratie zieht und damit auf unsere in der Überschrift aufgestellte These.

Diese Annahme lautet: Wird eine Welt mit weniger „kapitalismus-zählenden“ sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften eine Art negativen „spill-over“-Effekt auf die Politik etablierter sozialdemokratischer Parteien ausüben? Konkreter: Wird der bereits durch Anpassungselastizität gekennzeichnete Modernisierungskurs der westdeutschen SPD durch das Aufeinandertreffen mit der noch nicht etablierten postkommunistischen Parteienlandschaft im Zuge der nachholenden Modernisierung der Ex-DDR eher gestärkt oder eher abgeschwächt?

Im Rückblick auf den bisherigen Gang der Argumentation muß ich, was die Ex-DDR als Nachzüglerland betrifft, Korrekturen vornehmen. Die neuen Bundesländer sind mit dem Institutionengeflecht einer funktionierenden westlichen Demokratie überzogen worden. Das betrifft die Marktwirtschaft, Privatrechtsordnung, die Verwaltung, Parlamentarismus und Föderalismus etc. – Strukturen also, die einen erheblichen Anpassungszwang auf die noch verbliebenen Reste älterer politischer Kultur der DDR ausüben werden.²⁷ Entscheidend dazu beitragen wird, daß durch die gleichzeitige Übertragung des westdeutschen Systems sozialer Sicherung und zusätzlicher Transferzahlungen die sozialen Kosten der Systemtransformation im Verhältnis zu den anderen postkommunistischen Gesellschaften auf ein (immer noch großes) Minimum reduziert werden.²⁸

Interessanterweise hat die Mehrheit der DDR-Bürger in den ersten beiden freien Wahlen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Erfüllung ihrer Wünsche eher von der Union als von den Sozialdemokraten erwarteten. Dabei hatten etliche Umfragen die West-SPD in ihrem Glauben bestärkt, daß sie quasi bruchlos an die großen Zeiten ihrer Hochburgen im Osten vor 1933 würde anknüpfen können. Insbesondere das wenn auch qualitativ mit Mängeln behaftete universelle System der Bereitstellung öffentlicher Güter, die fehlende Arbeitslosigkeit, relativ geringe Einkommensungleichheit und die fast vollständige Erwerbsbeteiligung der Frauen (vgl. die Parallelen mit den Typen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes oben!) ließ manche hoffen, daß die SPD zur strukturellen Mehrheitspartei in ganz Deutschland aufsteigen könnte.²⁹ Das fürchtete wohl auch die Union, die deshalb entgegen der verbalen neoliberalen Wende ganz opportunistisch sich ihrer sozialpolitischen Kompetenz erinnerte und schon nicht mehr erwartete „soziale Wohltat-

ten“ verteilte (von den Renten bis zur Pflegeversicherung). Selbst eine vorher nie gesehene keynesianische Arbeitsbeschaffungspolitik fand Eingang in ihre Machtsicherungsstrategie. Die nominell herrschende Arbeiterklasse der DDR wählte mehrheitlich „rational“ die Partei des Kapitals. Sie drückte damit unbewußt und zutreffend aus, daß das „rheinische Modell“ des Kapitalismus (M. Albert) in seiner konservativ christlich-sozialen Version als durchaus erfolgreich wahrgenommen worden ist. Dem christlichen Solidarismus der Ungleichheit hatte die SPD mit ihrem defensiven Solidaritätsverständnis nichts entgegenzusetzen.³⁰

4. 1. Entsozialdemokratisierung der deutschen Sozialdemokratie? Endogene Probleme der SPD durch die Wiedervereinigung

Statt des erwarteten Sieges in der Volkskammerwahl erhielt die Ost-SPD gerade die Hälfte der CDU-Stimmen (21 Prozent : 40,9 Prozent), und das für die West-SPD schlechteste Wahlergebnis seit 1957 wurde in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl (35,7 Prozent) selbst durch den leichten Anstieg im Osten (24,3 Prozent) auf insgesamt 33,5 Prozent gedrückt. Geradezu inverse Strukturen, was den Anteil von Arbeitern an der Wählerschaft betrifft (50 Prozent : 25 Prozent), völlig disproportionale Mitgliederzahlen (900.000 : 30.000), das fast vollständige Fehlen eines linken und ökologischen Flügels – all das macht es der sich weiterhin mit aller Kraft „modernisierenden“ SPD-West schwer genug, einen Solidarpakt in den eigenen Reihen zu schließen: sie muß eine Sprache für zwei Wählermärkte finden, und das im Westen immer noch sozialdemokratisch geprägte Vorfeld der Gewerkschaften fehlt, ja wird sogar mit Argwohn betrachtet.³¹

Angesichts der in Deutschland zutage tretenden Konflikte zwischen Umverteilungserwartungen im Osten und deren erkennbaren Grenzen im Westen, zwischen der von der SPD grundsätzlich akzeptierten Deregulierung und Privatisierung im Westen und der Notwendigkeit zur Intervention im Osten, zwischen einer nach Westen gewandten zivilen und individualistischen Gesellschaftskultur und einer erst langsam aufbrechenden Staats- und Gemeinschaftskultur, fällt es der westdominierten SPD noch schwerer, mit einem auch für den Osten abgestimmten Programmangebot aufzutreten.³²

Die Chance etwa, an die von den „sozialistischen“ Wohlfahrtsstaatsystemen im Osten ausgehenden Impulse für den so häufig angekündigten „Umbau des Sozialstaates“ anzuknüpfen, wird die SPD weder wagen noch wollen und können. Im Gegenteil, mit der Betonung der Grenzen des Sozialstaates durch die Parteivorsitzenden Engholm, Scharping und auch Lafontaine,

hat sich die SPD von der Vision eines umverteilenden Wohlfahrtsstaatsregimes à la Schweden (oder eigener früherer Reformvorstellungen z.B. bezüglich einer Einheitsversicherung) verabschiedet.³³ Sie bleibt gefangen in dem seit Bismarck christlich-sozial-konservativ bestimmten Sozialstaatskonsensus. (Und die Frage bleibt, ob selbst dieser „dritte Weg“ der „sozialen Marktwirtschaft“ von der Union eingehalten werden kann? – Dahrendorf sieht hier das Ende des Konsensus.)

Weder SPD noch Gewerkschaften können als Promotoren einer spürbaren und politisch-relevanten Minderung ökonomischer Ungleichheit gelten; auch das ist einer der „Erfolge“ des die Statusdifferenzen betonenden deutschen Sozialstaatssystems. Das „sozialdemokratische Jahrhundert“ wird in Deutschland auch dann nicht beginnen, wenn die SPD absolute Mehrheiten erreichen sollte. Die diagnostizierten Restriktionen für eine sozialdemokratische Politik „against markets“ sind inzwischen größer geworden als selbst das pragmatische Wahlprogramm von 1994 erkennen läßt.³⁴

Dennoch wird die SPD im Osten Stimmen gewinnen. Ob dabei ein ähnlich „rationales Nutzenkalkül“ („Einheit“/„Kapital“) auszumachen sein wird, wird im gegebenen Fall belanglos sein. Denn der Wunsch nach „Arbeit – Arbeit – Arbeit“ (SPD-Wahlslogan 1994), und selbst zugeschriebene Kompetenzvorsprünge in Sachen Gerechtigkeit werden angesichts inzwischen allbekannter Informationen über die Grenzen politischer Arbeitsmarktsteuerung und Umverteilung von der SPD kaum erfüllt werden können.

Hinzu kommt, daß selbst eine gelingende Industriepolitik in den neuen Bundesländern die radikale Abwicklung der Großindustrie nicht wird umkehren wollen noch können; das hat mittelfristig bedeutsame (sozialstrukturelle) Folgen für Gewerkschaften und SPD. Insbesondere die mit modernsten Technologien entstehenden kleinen Betriebe werden, wie eh, ein schwieriges Rekrutierungsfeld für die Gewerkschaften darstellen. Der von den eher hochqualifizierten Arbeitnehmern geforderte „Zwang zur Individualisierung“ befördert die Tendenz, Interessen eher im „exit“ als in kollektiven Lösungen zu suchen bzw. sich einer Politik des betrieblichen Mikrokorporatismus anzuschließen. Flächendeckende Tarifabschlüsse werden durchlöchert und jegliches Umverteilungsverlangen erschwert.³⁵

4. 2. Arbeit, Vollbeschäftigung und Solidarität oder „Zivilisation der Arbeitslosigkeit“?

Für die sozialdemokratische Akteursseite sieht es also schlecht aus, es sei denn, man kürte „Anpassungsfähigkeit“ zum neuen *essential* der Sozialdemo-

kratie. Sollte sich das als unumgänglich erweisen, dann heißt es, von der Vorstellung einer zunehmend gerechteren Gesellschaft, vom „Demokratischen Sozialismus“ Abschied zu nehmen. Diskurse über „Gerechtigkeit“ und mehr gleiche Freiheit werden Thedretiker weiter beschäftigen und auch als Defensiv- und Mahnposition (Ökologie!) nicht ganz sinnlos sein – immer aber unter den sich neu formierenden Imperativen der „Verwertungsbedingungen des Kapitals“.³⁶

Tatsächlich hat „1989“ eine sich schon länger ankündigende Wende im funktionalen Verhältnis von „Arbeit“ und „Kapital“, von Markt und Staat und damit auch unabsehbare politische Folgen für alle Formen von Gemeinschaft, Gesellschaft und Solidarität herbeigeführt.³⁷ Jetzt gewinnt die oben erwähnte Gleichzeitigkeit der Dahrendorfschen Thesen vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ und vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ Plausibilität.

„Arbeit“ enthielt in der sozialdemokratischen Programmatik und Philosophie immer einen auch praktisch-kritischen Handlungsbezug im Sinne politisch-emanzipatorischer Praxis; der Arbeitsprozeß bedeutete immer auch einen politischen Bildungs- und Bewußtseinsprozeß. Dieses Doppelverständnis von Arbeit hat sich spätestens mit dem „Ende der Arbeiterbewegung“ verengt bzw. geteilt: Die „Erosion des Arbeitsbegriffs um seinen kommunikativen, praktischen Gehalt, die Disjunktion von Naturbearbeitung und Bildung/Sozialisation/Politik bedingt fortan die Dominanz der Perspektive von Arbeit gemäß einer produktionstechnischen Rationalisierung, geprägt durch die Kapitalbestimmungen und gemäß der analytischen Trennung von Arbeitsprozeß und sozialen Folgewirkungen“.³⁸ War es das Bestreben der Gewerkschaften, gegen die ungleichen Gesetze des Marktes die „politische Ökonomie“ der Arbeiter(-klasse) zu setzen, d.h. die Arbeitsmärkte „gegen den Markt“ zu vermachten, zum physischen Überleben und zur Verteidigung ihrer sozialen und kulturellen Lebensbedingungen, so versuchte der politische Arm, die Arbeiterparteien (nachdem sie ihr radikales Ziel, die Abschaffung der Lohnarbeit, aufgegeben hatten), durch staatlich politische Herrschaft Randbedingungen herzustellen, um die Verfügungsmacht des Kapitals im Mikrobereich (Betrieb), im Mesobereich (Tarifparteien) und im Makrobereich (staatlich keynesianische Steuerung) einzuschränken und damit Standards des sozialen Fortschritts zu setzen, hinter die niemand mehr zurückfallen können sollte. „Arbeit“ als das Selbst konstituierende gesellschaftliche Leitnorm mußte also heißen: „Vollbeschäftigung“, ein „Recht“ für alle, zu arbeiten. Vollbeschäftigung sichert die Macht und damit die Freiheit der abhängig Arbeitenden gegen die Effizienzzwänge des Marktes. Aus der „defensiven“ Solidarität der Klasse(n) erwuchse so eine Solidarität der ganzen Gesellschaft.

Die prekäre Lage, in die beide Arme der Arbeiterbewegung gerieten, rührte – natürlich schon vor „1989“ – daher, daß die viel früher einsetzende Ausweitung des Wählermarktes seitens der Partei auf die Arbeitenden, die sich (subjektiv) nicht als Gegner der Markt- und Kapitaleffizienz verstanden, auch eine programmatische Lockerung der „politics against markets“ nötig machte.

Mit der Universalisierung des (Welt-)Arbeitsmarktes, der Segmentierung, Sektoralisierung und Individualisierung werden auch die Gewerkschaften zur Abkehr vom umfassenden Solidarprinzip gezwungen. Die nur noch interesseninstrumentell verstandenen Arbeitsverhältnisse stehen der Formierung solidarischer Moral entgegen, die sich ja immer auch auf Ehre und Würde des „kleinen Mannes“ bezog.

Das „Kapital“ und der Markt können niemals solidarisch sein (Sartori). Deren national-gesellschaftliche Zähmung wird hinfällig, wenn Güter und Arbeitsmärkte den nunmehr weltweit wirkenden Kriterien „wirtschaftlicher Effizienz“ unterliegen. Der ökonomische Weltbürgerkrieg zerstört Demokratie, die nur als Sozial-/Wohlfahrtsstaat möglich ist.³⁹ Die Rückkehr des vopolitisch Nationalen ist nur eine Antwort auf das Schwinden einer durch Konflikte hindurch konsensuell zusammengehaltenen Gesellschaft; Kapitalismus braucht keine Demokratie... (Katznelson). Oder ist ein Wiedererstarken der demokratischen Frage anstatt über „Arbeit“ durch „Kommunikation“ zu erwarten? Kann der Appell an die Interessen „rational Handelnder“ zu Solidarität führen, wenn egalitär-umverteilende Politik ihre Mehrheitsfähigkeit und ihre kollektiven Akteure verliert?

Diese kräftigen Sätze und Fragen charakterisieren ziemlich genau das, was etliche Kritiker seit „1989“ umtreibt.

Die Wiedervereinigung „läuft“ nur über die eingeforderte nationale und nicht über gesellschaftliche Solidarität. Als Meister der westdeutschen Besitzstandswahrung erweisen sich nicht zuletzt Gewerkschaften und SPD-geführte Länder.⁴⁰ Vollbeschäftigung ist mit dem Hinzukommen der (effektiv) vier Millionen Arbeitslosen der Ex-DDR weiter entfernt, und damit die Krise der Arbeitsgesellschaft näher denn je; folgen wird eine Krise des Systems sozialer Sicherheit.⁴¹ Die neue Melodie ist längst angeschlagen: die allenthalben geführten Debatten um die Konkurrenzfähigkeit des „Standortes Deutschland“ richten sich keineswegs mehr allein gegen sozialdemokratische und gewerkschaftliche „Irrwege“. Auch der konservativ-christlich-soziale Sozialstaat steht in der Kritik: die CDU als „beste SPD aller Zeiten“ maß sich sagen lassen, daß jeder Vorschlag gegen die Ausbeutung des sozialen Systems solange sinnlos sei, solange die politische Klasse die große Illusion, Freiheit und Gleichheit mache jeden gut, im Kopfe hat; zu früheren, „gesamteuropäi-

schen Grundüberzeugungen“ sei zurückzukehren: „Die Sicherung der eigenen Existenz ist jedes Menschen Zuchtmeister“ – diese uralten, unverzichtbaren Zusammenhänge betont neuerdings nachdrücklich Präsident Clinton, das Wahlkampfdol der westdeutschen SPD!¹²

Die „Rückkehr“ zum Vorbild der sich eher zur Ein-Drittel-Gesellschaft bewegenden USA mag ja durchaus „funktionieren“, aber ein sozialdemokratisches Jahrhundert läßt sich damit nicht beginnen; und dort, wo es schon begonnen hatte, kann steilvertretend resümiert werden: Die Niederlage der erfolgreichsten Sozialdemokratie der Welt, Schwedens SAP, muß als Menekel gelten. Das 1975er Programm hatte noch ganz im Zeichen des Nexus von „Arbeit und Freiheit“ gestanden. Die achtziger Jahre testeten nochmal die Grenzen kapitalistischer Wirtschaft mit ihren „Arbeitnehmerfonds“. Die alte normative und organisatorische Machterzeugungsfähigkeit der Arbeiterbewegung konnte den „Systemwechsel“ kraft der Trägheit der Institutionen verzögern. Das neue Programm aber legt größten Wert auf „Effizienz, Markt, Individualismus und Qualität des Lebens“. Das zeigt, daß das moralisch-ethische Prinzip sozialistischer Solidarität der gemeinsamen Verantwortung und gegenseitigen Verpflichtung und der Versuch seiner Übertragung auf die gesamte Gesellschaft am individualistischen Leistungsprinzip gescheitert ist. Ich vermute, es wird sich nicht wiederbeleben lassen. Der Schritt aus der skandinavischen Nische ins Europa der EU ist ein deutlicher, konsequenter Schritt. Diese Tatbestände müssen zu denken geben. Wenn selbst in Schweden eine Vorsorge für mehr Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft, die sich im Zeichen der Freiheit entfaltet, nicht mehr möglich ist, so ist das umso bedenklicher, als uns die Notwendigkeit eines „Sozialismus im Kapitalismus“ (Lepenes) in den nächsten Jahren als Problem einholen wird.⁴³

- 1 W. Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, Tübingen 1906; vgl. auch A. O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, Tübingen 1974. Auf den allereinfachsten Nenner gebracht: Der Glaube an kollektive Lösungen kann nicht entstehen, solange sich individuelle Auswege und Lösungen anbieten.
- 2 Zur Problematik dieses Begriffs K. Müller, Nachholende Modernisierung?, in: Leviathan 2 (1991), S. 261-291. Siehe auch den guten Überblick bei H. van der Loo/W. van Reijen, Modernisierung, München 1992.
- 3 Die ersten neuen Regierungen in Ungarn und Polen: von dem Tschechen V. Klaus wird immer wieder zitiert: „Marktwirtschaft ohne Zusatz“! Allerdings: das Sicherheitsverlangen der „Modernisierungsverlierer“ wird eine Rückkehr „sozialistischer“ Parteien wahrscheinlich machen, nicht aber eine wie auch immer geartete Planwirtschaft.
- 4 Vgl. H. Schauer, Gewerkschaften im Umbruch, in: H. König u.a. (Hrsg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan SH 11 (1990), S. 449-467.
- 5 Vgl. C. Offe, Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt a.M./New York 1994.
- 6 H. Wiesenhal, Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas, in: M. Brie/D. Klein (Hrsg.), Zwischen den Zeiten, Hamburg 1992, S.

Das Ende der Sozialdemokratie?

- 162-188.
- 7 R. Dahrendorf, Die Sozialdemokratie ist am Ende ihrer Kunst, in: Die Zeit 14 (1992), S. 33-34.
- 8 Th. Pirker, Vom „Ende der Arbeiterbewegung“, in: R. Ebbighausen/F. Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?, Opladen 1984, S. 39-51.
- 9 A. Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt a.M. 1980.
- 10 S. M. Lipset, Whatever Happened to the Proletariat? A Historic Mission Unfulfilled, in: Encounter 56 (1981), S. 18ff.; B. Seebacher-Brandt, Hält nicht mehr, was lange gehalten hat? In: FAZ v. 15.4.93. Die These von einer säkularen Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie vertritt S. M. Lipset, No Third Way: A Comparative Perspective on the Left, in: H. D. Klingemann/R. Stöß/B. Wessels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991, S. 57-106. Über das Dilemma der Sozialdemokratie nach 1989 siehe: Ch. Lemke/G. Marks (Hrsg.), The Crisis of Socialism in Europe, Durham/London 1992.
- 11 M. Crozier/S. P. Huntington/I. Watanuki, The Crisis of Democracy, New York 1975.
- 12 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 245f. – Die erste Version stammt aus dem Jahre 1978 „Am Ende des sozialdemokratischen Konsensus?“, in ders., Lebenschancen, Frankfurt a.M. 1979, S. 147-166.
- 13 Vgl. z. B. M. G. Schmidt: Allerweltparteien in Westeuropa?, in: Leviathan 3 (1985), S. 376-397.
- 14 Vgl. Tabelle 28 „Stimmanteile sozialdemokratischer Parteien in 19 Ländern (1920-1991)“, in: „Parteien“ (V) von F. G. Castles, in: Lexikon der Politik, Bd. 3 „Die westlichen Länder“ (hrsg. von M. G. Schmidt), München 1992, S. 316-326.
- 15 R. Dahrendorf: Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 12 (1987), S. 1021-1038, (h.S. 1022).
- 16 Als neuestes Beispiel, von der FAZ enthusiastisch rezensiert: Das Buch des Leiters des Forschungsinstituts der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ G. Habermann, Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, Berlin 1994, in dem es gegen konservative („Soziales Königtum“) und sozialdemokratische („soziale Demokratie“) Sozialstaatsvorstellungen geht. Vgl. dagegen die völlig andere Sicht von F. Ewald, Der Vorsorgestaat, Frankfurt a.M. 1993 (zuerst franz. 1986).
- 17 H. G. Beitz: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: APuZ 11(1993), S. 3-13; R. Stöß: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: ebenda, S. 50-61; J. Raschke: Soziale Konflikte und Parteiensystem, in: APuZ 49(1985), S. 22-39.
- 18 Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau im Juli 1993 fand jenseits aller programmatischen, organisatorischen und institutionellen Fragen ein überragendes Interesse das Referat des Spaniers Prof. Sotelo, als er berichtete, daß die PSOE aus dem Nichts heraus ihren großen Wahlerfolg organisierte!
- 19 Nur ein Beispiel: P. Flores d'Arcais, „Die europäische Sozialdemokratie – eine Kraft der Vergangenheit“, in: FR vom 13. 6. 1992 (zuerst in MicroMega, Rom).
- 20 W. Merkel, Niedergang der Sozialdemokratie?, in: Leviathan 1 (1990), S. 106-133; ders., Machtressourcen, Handlungsrestriktionen und Strategiewahlen, in: PVS 1 (1993), S. 3-28; ders., Ende der Sozialdemokratie, Frankfurt a.M./New York 1993. – K. Armingeon, Sozialdemokratie am Ende?, in: ÖZP 4 (1989), S. 321-345. – H. Grebing, Zusammenfassende Thesen zum sogenannten „Ende der Arbeiterbewegung in Europa“, in: dies./Th. Meyer (Hrsg.), Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, Düsseldorf 1992, S. 247ff.
- 21 W. Merkel, Kritik der Theorien vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, in: Grebing/Meyer (Hrsg.), Linksparteien und Gewerkschaften (Anm. 20), S. 47-80 und ders., After the Golden Age. Is Social-Democracy Doomed to Decline?, in: Lemke/Marks (Hrsg.), The Crisis of Socialism (Anm. 10), S. 136-170.

- 22 W. Merkel, Machtressourcen (Anm. 20), S. 25.
- 23 Daß die Situation in den postkommunistischen Ländern anders aussieht, weil die Bedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft, Kapitalismus, Demokratie und Privatrechtsordnung erst geschaffen werden müssen, bringt C. Offe dazu, von einem geradezu „funktionalen Bedarf“ an sozialdemokratischen Parteien zu sprechen. Vgl. ders., Der Tunnel am Ende des Lichts (Anm. 5), S. 290.
- 24 G. Esping-Andersen, Politics Against Markets, Princeton 1985; ders., Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton 1990; M. Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a.M.-New York 1992.
- 25 Ders., 1985, S. 31.
- 26 Der Austro-Marxist J. Hindels spricht bereits 1974 von einer „Sozialdemokratie ohne Sozialismus“, d. h. von der Aufgabe der Vision einer „neuen Gesellschaft“.
- 27 Ch. Fenner, Which Factors encourage or hinder democratic Legitimacy in the former GDR?, erscheint im Protokoll der Tagung „Value Orientations, political Behaviour and democratic Legitimacy“ im September 1993, Budapest.
- 28 C. Offe, Akteure und Agenda der Reform, in: Transit 6 (1993), S. 63-86.
- 29 Zur Frage der Ähnlichkeit des „institutionellen Wohlfahrtsstaatssystems der DDR mit dem (sozialdemokratischen) Modell des „Sozialstaatspostulats“ (H. H. Hartwich), das sich auch in der „Sozialcharta der DDR“ von 1990 wiederfindet und der Gegenposition, des (bürgerlich) „residualen Modells“, das im deutsch-deutschen Staatsvertrag festgeschrieben wurde(!), siehe A. Murswiek, Probleme und Optionen der sozialpolitischen Integration, in: U. Liebert/W. Merkel (Hrsg.), Die Politik der deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 227-242.
- 30 Ch. Fenner, Das Ende des Provisoriums Bundesrepublik. Reaktionen einer postnationalen Gesellschaft auf die Annäherung des Nationalen, in: W. Stüb (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren, Opladen 1991, S. 307-320.
- 31 Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Sachsen wurden prominenten DGB-Gewerkschaftern vordere Plätze auf den Landeslisten verweigert. – Die Sozialministerin von Brandenburg, Regine Hildebrandt, meinte, daß die SPD-Ost nie Volkspartei werde und der Landesvorsitzende, Stefan Reiche, schrieb in einem Artikel über das Organisationsmodell „SPD 2000“: „Eine tapfere Illusion – in uns lernt die West-SPD ihre eigene Zukunft kennen.“ In: Berliner Stimme vom 10.4.1993, S. 6.
- 32 Das Dilemma des „magischen Wählervierecks“ (traditionelle Arbeitnehmer – SPD-Funktionselementen – sozialdemokratische Postmaterialisten – sozialdemokratische Rechtspopulisten) würde durch die Erweiterung durch ein spezifisch „fünftes Osteck“ völlig überfordert, oder, wie ein enger Mitarbeiter von R. Scharping in einem persönlichen Gespräch sagte: „17 Millionen NRWler sind für die SPD wichtiger als 15 Millionen Ostdeutsche“!
- 33 „Die ‚Grundsatzentscheidung‘, die Hans Apel formulierte, sieht er [Scharping] auch so: ‚Sind wir die Partei der Modernität und des wirtschaftlichen Fortschritts, die auch für soziale Gerechtigkeit steht? Oder wollen wir den Sozialstaat, die Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften der sozial-liberalen Koalition mit zusätzlichen Wohltaten ...?‘, zitiert bei Th. Leif/J. Raschke, Rudolf Scharping, die SPD und die Macht, Reinbek 1994, S. 220.
- 34 Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die sozialdemokratischen Parteien haben natürlich die Funktionen des Marktes längst akzeptiert. Es ging (und geht) allein darum, wo und ob nicht bestimmte Bereiche der Politik allein der Marktregulierung überlassen bleiben sollen; das gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt (s.w.u.), sondern auch für die Kultur, den Sport, das Wohnen und allen sonstigen gemeinnützigen Institutionen wie der Post, der Bahn, den Universitäten etc. – Vgl. dazu die noch recht optimistischen Aussagen zum Bremer (Berliner) Programm der SPD von Th. Meyer, Brauchbares und Unbrauchbares, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11 (1989), S. 1029-1031. – Das von Lafontaine inspirierte Wahlprogramm 1990 ist dagegen durch eine radikale Marktwende gekennzeichnet!

Das Ende der Sozialdemokratie?

- 35 Die enormen Mitgliederverluste des DGB im Osten sind nicht nur der Arbeitslosigkeit geschuldet, sondern auch der verlustig gegangenen Servicefunktionen des FDGB. Die Zuordnung von SPD und DGB („Koalition“) nahmen im Osten 49 Prozent (Westen 12 Prozent) nicht wahr. Siehe: B. Weißels: Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Opladen 1994, S. 123-157, hier S. 134.
- 36 Ich meine damit nicht, daß ökonomische Funktionserfordernisse unmittelbar politisches Handeln determinieren. Vgl. G. Vobruba, Bedeutungsverluste von Staatsgrenzen, in: ÖZP (1993), S. 85-92.
- 37 Der Zentralstaat hat längst seine exekutiven Steuerungsfunktionen zugunsten von Aushandlungsprozessen aufgrund gestiegener gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit (W. Streeck) verloren. Sozialdemokratische (universalistische) Umverteilungspolitik bedarf aber des nicht nur „hoheitlichen“ Staates, weil das Machtgleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden nur zentral halbwegs kompensiert werden kann. Nicht zufällig sieht F. Scharpf (Arbeits-)Verteilungsprobleme (nicht die zwischen Kapital und Arbeit – die sind durch die internationalen Kapitalmärkte fixiert) bei einer auf Steigerung der Unternehmenserträge gerichteten sozialdemokratischen Angebotspolitik allein auf die Arbeitnehmer zukommen. F. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa, Frankfurt a.M./New York 1987, S. 332f.
- 38 F. Naschold, Politik und politische Institutionen in neokorporatistischen und Public-Choice Ansätzen, in: H. H. Hartwich (Hrsg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen. (=Tagungsbericht vom 17. Wissenschaftlichen Kongreß der DVPW 1988 in Darmstadt), Opladen 1989, S. 210-221, hier S. 214.
- 39 C. Koch, Marktherrschaft. Von den kommenden Umwälzungen in Westeuropa, in: Merkur 1 (1993), S. 1-14. Oder: A. de Swaan, „The welfare state is essentially exclusive and anti-international“, zitiert nach G. Vobruba, Bedeutungsverluste (Anm. 38).
- 40 Siehe dazu: Ch. Fenner, „Eroberst Du fremdes Land, lege deine Hauptstadt dorthin“, in: Vorgänge 1 (1993), S. 18-24. – „Nicht die ‚neue Solidarität‘, die Meyer nach der deutschen Vereinigung in den Gewerkschaften annahmte, sondern das ‚Prinzip der Konkurrenz jeder gegen jeden‘ und ein ‚mitteidloser Egoismus‘ kennzeichnen nach seiner Beschreibung den Alltag im vereinten Deutschland“. U. Füssel/J. Roitsch, „Mann des Ausgleichs mit Ahrungen für den Aufbruch“, in: Frankfurter Rundschau vom 11./12.5.1994.
- 41 H. Schauer, Gewerkschaften im Umbruch (Anm. 4), S. 462f. – Eine seltene Stimme: N. Piper, „Arme Reiche, reiche Arme?“, in: Die Zeit 22, 1994, S. 23. Jede Bundesregierung wird von den „Besserverdienenden“ höhere Lasten fordern müssen; „It is always the Haves who demanded too much“ (Fred Hirsch) – Nicht mehr die Ausbeutung ist das Problem der „sozialen Frage“, sondern die Ausgrenzung der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der „gefährlichen Klassen“, die ohne haltgebende linke Parteien und Gewerkschaften allerdings keine Subjekte politischen Handelns mehr sein werden; ihre Anomie erzeugt Gewalttätigkeit. Siehe dazu die brillante Studie von F. Dubet/D. Lapeyronnie, Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart 1994.
- 42 M. L. Schwarz-Schilling, in: MUT 1 (1994), zitiert nach A. Baring, „Wurzel des Übels“, in: FAZ vom 21.4.1994.
- 43 Vgl. die hoffnungsvolle Botschaft von H. Bude, Die Wiederkehr der Sozialdemokratie, in: MERKUR 6 (1991), S. 514-523, drei dieser aus der Rezension von Merkels Buch glaubt ziehen zu können.